



Heinsberg, 19.12.2013

Rede zum Entwurf des Haushalts 2014

von
Stefan Lenzen
für die
FDP-Kreistagsfraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren der Verwaltung und Presse,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

- **Kommunalfinanzen**

Auf die Nennung der Eckdaten des Kreishaushaltes kann ich dank meiner Vorredner verzichten. Es ist erfreulich, dass wesentliche Forderungen der FDP in diesem Haushalt umgesetzt werden konnten! So ist die Kreisumlage dank des Griffes in die Ausgleichsrücklage nahezu stabil geblieben. Interessanterweise erfolgt dieser passend vor der anstehenden Kommunalwahl. Es ist nun abzuwarten, wie hoch die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage für 2015 ausfallen wird, wo keine kreisweiten Wahlen zu erwarten sind.

Auch die FDP weiß, dass die Ausgleichsrücklage endlich ist, jedoch können wir, der Kreis im Vergleich zu so mancher Kommune noch auf eine Ausgleichsrücklage zurückgreifen. Daher muss es unser gemeinsames Ziel sein, den Kommunen auch bei einer steigenden Kreisumlage Planungssicherheit zu gewährleisten. Und das für die nächsten Jahre! Aus diesem Grund möchten wir, die FDP alle Optionen inklusive einer umfangreichen Aufgabenkritik prüfen lassen.

- **Landschaftsumlage**

Fakt ist: Der Hebesatz wurde entgegen der mittelfristigen Finanzplanung von der Gestaltungsmehrheit der Landschaftsversammlung am Montag gesenkt. Das bedeutet aber keine Entlastung für uns und unsere Kommunen. Denn leider ist die Landschaftsumlage absolut gesehen gestiegen und fließt damit zu Lasten der Kommunen in die Kreisumlage ein. Interessant ist, dass eine Senkung in 2012 nicht weitergegeben wurde. Wogegen die Mehrbelastung für 2014 direkt an die Kommunen durchgestellt wird!

- **Bund und Land sind gefordert!**

Wenn wir dem eigentlichen Problem für die steigenden Umlagen (Kreis und LVR) auf den Grund gehen, kommen wir zu dem Ergebnis, dass das Konnexitätsprinzip anscheinend nur noch auf dem Papier besteht. Während bei den steigenden Sozialkosten die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung mit der Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung und dem Bildungs- und Teilhabepaket einen Schritt in die richtige Richtung gegangen ist, geht das Land einen anderen Weg - einen Irrweg. Die rot-grüne Landesregierung lässt die Kommunen nicht nur beim U3-Ausbau, der Inklusion sowie der Schulsozialarbeit im Stich, sondern hat ein verfälschtes nebst gar kein Verständnis vom Konnexitätsprinzip.

Beispiel 1 was Rot-Grün in NRW unter Konnexität versteht:

Ausbau der U3 - Betreuung im Kreisjugendamtsbezirk Heinsberg

- Bisher bewilligte Mittel -

Jahr	Bund	Land	Kreis
2009	2.026.905	-	-
2010	1.084.760	-	-
2011	400.832	1.518.114	-
2012	393.600	446.080	83.846
2013	641.885	209.920	449.888
Summen	4.547.982	2.174.114	533.734
Gesamt Bund/Land	6.722.096		-
Gesamt Bund/Land/Kreis	7.255.830		

Nach den derzeitigen Planungen werden für den U3-Ausbau noch weitere 742.100€ Kreismittel benötigt. Dies macht unterm Strich eine Belastung für den Kreis und damit für unsere Kommunen von **über 1,2 Mio. Euro aus!** Dabei sind die jährlichen Betriebskosten nicht vollständig berücksichtigt!

Beispiel 2 Inklusion - Da macht es sich das Land ganz einfach und spricht den Kommunen einfach die Konnexität ab!

Beispiel 3 Schulsozialarbeit - Der Bund hat die Anschubfinanzierung geleistet und das Land hat bis heute die Folgefinanzierung verschlafen. Das Land handelt fahrlässig und verantwortungslos, weil es nur nach dem Bund schreit. Die SPD konnte sich im Bund nicht durchsetzen und vor Ort müssen es

jetzt die Kommunen ausbaden. Der Antrag der SPD auf künftige Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Kreis ist ein durchschaubares Wahlkampfmanöver.

Liebe Kollegen der SPD,

ihre Genossen in Bund und Land haben versagt, nun wollen Sie uns den „schwarzen Peter“ zuschieben, um im Wahlkampf behaupten zu können, wir wären gegen die Fortführung der Schulsozialarbeit. Dies ist eine fälschliche Unterstellung! Es ist jedoch festzustellen, dass der SPD Antrag Kosten von jährlich 1,1 Mio. Euro nach sich zieht. Zur Wahrheit gehört auch, nicht zu verschweigen, wo das Geld seinen Ursprung nimmt - nämlich bei Ihnen, den Bürgern unseres Kreises, die mit ihren Steuern alles finanzieren. Da mag es für die SPD im Kreistag tröstlich sein, dass nicht wir im Kreis, sondern die Kommunen vor Ort zwangsläufig die Steuern erhöhen müssen.

Genau hier unterscheiden wir uns von ihrer Politik des Geldausgebens zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger - wir wollen sparen, um unseren Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben - und Sie streuen den Menschen Sand in die Augen und vermitteln Ihnen den Eindruck, dass der Kreis sich um alles kümmern könnte. Ihre Rechnung müssen später die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises zahlen. Sofern Sie uns sagen können, wo wir die 1,1 Mio. Euro vernünftig einsparen können, ist ihr Antrag des Nachdenkens wert. Aus diesem besagten Grund konnten wir auch beim letzten Mal der Fortführung der Schulsozialarbeit bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 zustimmen, da dafür noch Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung standen.

Im Gegensatz zum Kollegen Stock ist es uns - der FDP - eben nicht egal wer es bezahlen soll!

- **Liberaler Erfolg - Mehr Transparenz, Sparsamkeit und Freiheit**

Wir haben in 2012 den Online-Haushalt eingeführt. Bei der Kennzahlenentwicklung sind wir auch in diesem Haushalt wieder einen Schritt vorangekommen. Entgegen der Meinung von SPD, Grünen und Linken sind wir von der Einführung des Controllings überzeugt. Hierbei können wir aber nicht allein auf das Prinzip Hoffnung setzen. Sobald der Abschlussbericht der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) vorliegt, am besten noch vor der Kommunalwahl, müssen wir die dort vorgeschlagenen Maßnahmen konsequent umsetzen. Aber auch die Verwaltung selbst muss ihre Strukturen auf den Prüfstand stellen. Das bedeutet aber auch, dass wir Stellen in der Verwaltung nicht einfach - nur unbesetzt lassen, sondern den Mut aufbringen müssen, sie zu streichen. Dies wäre auch ein wichtiges Signal an unsere Kommunen. Ausschließlich dann werden wir auch mittelfristig Personalkosten einsparen können! Wir als Bürger müssen uns aber auch die Frage stellen: Was ist uns die einzelne Leistung der Verwaltung in Zukunft noch wert? Nur wenn wir diesen Weg mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitarbeitern der Verwaltung gemeinsam beschreiten, können wir das Controlling erfolgreich umsetzen.

Der von CDU und FDP beantragte Energiebericht bringt die Ersparnisse schwarz auf weiß. Auch hier würde der Antrag der SPD zur Folge haben, dass die Kommunen mit einer höheren Umlage belastet

werden. Dagegen halten wir den Vorschlag der Verwaltung für die bessere Lösung. Sie berücksichtigt unser Ansinnen weiter in die energetische Sanierung zu investieren und die Kommunen nicht noch mehr zu belasten.

Nur noch eins zur Kennzeichenfreigabe - man könnte die Debatten der letzten Jahre auch wie folgt zusammenfassen: Was lange währt - währt endlich gut - und wie man sehen kann - die Identität bzw. das Zugehörigkeitsgefühl zu unserem Kreis ist nicht von einem Stück Blech abhängig.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Lasst Sie uns gemeinsam anpacken. Nicht nur im Wirtschaftsbeirat stellen wir uns dem drohenden Fachkräftemangel und den Zukunftsfragen der Infrastruktur. Bei wichtigen Verkehrsprojekten wie die Bahnanbindung HS-Lindern können Sie auf die Unterstützung der Liberalen zählen! Hier gilt es am Ball zu bleiben und weitere Verbesserungen für Straße und Schiene im Kreis Heinsberg zu erreichen. Positiv ist das fast unverminderte Investitionsvolumen in Höhe von 10,5 Mio. Euro. Die FDP wertet dies als eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftsförderung. Der Kreis Heinsberg hat weder ein Schulden- noch Liquiditätsproblem! Das spricht für unseren Kämmerer und seinen Mitarbeitern. Dafür gilt unser Dank! Doch haben wir noch viel Arbeit vor uns.

Ausblick für 2014

Wir begrüßen die vom Landrat angesprochene „Schuldenbremse“. Die eingesparten Zinsaufwendungen sollten zur Stabilisierung der Kreisumlage aufgewendet werden. Hier wollen wir die FDP direkt - möglichen Ausgabenwünschen eine klare Absage erteilen!

Um das Ziel des Schuldenabbaus nicht aus den Augen zu verlieren, muss aus unserer Sicht die interkommunale Zusammenarbeit noch konsequenter verfolgt werden. Es gibt bereits zwischen den Städten und Gemeinden und dem Kreis gute Ansätze, aber manchmal scheitert es noch an dem Kirchtumsdenken des einen oder anderen Bürgermeisters. Hierzu wünschen wir uns im neuen Jahr einen aktuellen Sachstandsbericht, dem wir mit Interesse entgegen sehen. Bereits 2012 wies die FDP daraufhin, dass der Kreis und seine Kommunen auch mittelfristig lieb gewonnene Dinge wie den eigenen Bauhof oder ein eigenes Jugendamt neu und mit Blick auf die unumgängliche Haushaltskonsolidierung kritisch überdenken müssen. Daran halten wir fest!

Wir sind weiterhin für einen Hochschulstandort im Kreis Heinsberg, um jungen Menschen eine Perspektive im Kreis Heinsberg zu bieten. Die FDP steht zudem für mehr Transparenz und Bürgernähe in Politik und Verwaltung und einem schuldenfreien Kreis Heinsberg ab 2020! Auch wenn es noch einige Baustellen gibt, ist eine liberale Handschrift in dem Haushalt erkennbar. Die FDP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt 2014 zu.

Ich bitte Sie Herr Landrat ihren Mitarbeitern im Namen der FDP-Fraktion für ihren großen Einsatz unseren Dank auszusprechen und Ihnen Herrn Schöpgens möchte ich für ihre unparteiischen und kompetenten Ausführungen herzlich danken.